NR. 151 13.05.2015

ukraine-analysen

www.laender-analysen.de/ukraine

LOKALE SELBSTVERWALTUNG UMWELTSCHUTZ DIE UKRAINE ZWISCHEN DER EU UND RUSSLAND

- ANALYSE
  Auf der Suche nach der engagierten Bürgerschaft: Örtliche Selbstverwaltung und bürgerliche Selbstorganisation im Kontext der Dezentralisierung 2
  Von Mykhaylo Banakh, Stuttgart
- GRAFIKEN ZUM TEXT
  Beteiligung der Bürger an der lokalen Selbstverwaltung 5
- KOMMENTAR
  Die Klimaschutzverpflichtungen der Ukraine im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU und die Voraussetzungen ihrer Umsetzung 10
  Von Oleksandr Sushchenko und Andrii Gonta, Kiew
- UMFRAGE
  Die Ukraine zwischen der EU und Russland 12
- CHRONIK
  27. April – 10. Mai 2015 16

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

ANALYSE

Auf der Suche nach der engagierten Bürgerschaft: Örtliche Selbstverwaltung und bürgerliche Selbstorganisation im Kontext der Dezentralisierung

Von Mykhaylo Banakh, Stuttgart

Einleitung

Dezentralisierung ist eine der wichtigsten Reformen in der Ukraine. Ihre Implementierung sieht aber nicht nur entschlossene Schritte der Regierung und des Parlamentes, sondern auch eine aktive Beteiligung der BürgerInnen in ihren Städten und Gemeinden vor. Ohne bürgerliche Selbstorganisation und ohne lokale Selbstverwaltung, die dezentralisierte öffentliche Aufgabenwahrnehmung bedeutet, ist die erfolgreiche Übertragung von Kompetenzen und Befugnissen auf die Regionen nicht möglich. Aus diesem Grund ist das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort die Voraussetzung für den Erfolg der eingeleiteten Reform. In dem vorliegenden Beitrag wird dargestellt, inwieweit ukrainische BürgerInnen auf kommunaler Ebene gesellschaftspolitisch engagiert und zur lokalen (örtlichen) Selbstverwaltung bereit sind. Vom 5. bis zum 16. November 2014 wurde im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine und der Stiftung »Demokratische Initiativen« eine Umfrage unter der städtischen Bevölkerung durchgeführt. Insgesamt wurden 1.803 Einwohner der 60 ukrainischen Städte befragt. Eines der Forschungsziele war es festzustellen, inwieweit Städter zum zivilgesellschaftlichen Engagement vor Ort und/oder zur Mitwirkung bei der örtlichen Selbstverwaltung bereit sind.

Gesetzliche Verankerung der örtlichen Selbstverwaltung in der Ukraine

Die örtliche Selbstverwaltung findet ihre gesetzliche Grundlage in der ukrainischen Verfassung. Die Regelung im Abschnitt XI *Misceve samovrjaduvannja* berechtigt die Einwohner eines Dorfes, einer Stadt oder eines freiwilligen Zusammenschlusses ländlicher Gemeinden, selbständig über Fragen von lokaler Bedeutung zu entscheiden. Die Ausübung der im Rahmen dieses Gesetzes vorgesehenen Vollmachten und Kompetenzen erfolgt durch gewählte VertreterInnen der betreffenden Kommune, sogenannte Dorf-, Orts- bzw. Stadträte. Die Räte der örtlichen Selbstverwaltung arbeiten in vielen Fragen mit den Organen der staatlichen Exekutive auf der jeweiligen Ebene zusammen und üben gleichzeitig Kontrollfunktionen aus. So steht es ihnen unter anderem zu, die Haushalte zu kontrollieren oder bei Bedarf Referenden abhalten zu lassen. Auch bei kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen haben sie Mitsprache- und Mitwirkungsrechte.

Die obengenannten Räte können den Bewohnern auf deren Initiative hin eigene Haus-, Straßen-, Stadtviertel- und sonstige Organe der örtlichen Selbstverwaltung genehmigen und ihnen eigene Teilkompetenzen, Finanzen und Vermögen zuteilen. Zu den finanziellen Ressourcen, über welche die örtliche Selbstverwaltung verfügt, gehören Einnahmen aus lokalen Steuern und Erträge aus der Nutzung kommunalen Eigentums sowie aus dem Betrieb öffentlicher Unternehmen. Im Rahmen der örtlichen Selbstverwaltung können dementsprechend bürgerschaftliche Initiativen vor Ort zur Entfaltung kommen.

Der Begriff »örtliche Selbstverwaltung« ist eine wörtliche Übersetzung aus dem Ukrainischen. Im deutschsprachigen Raum sind die Begriffe »lokale Selbstverwaltung« oder auch »kommunale Selbstverwaltung« gängiger. Da die örtliche Selbstverwaltung in der Ukraine nicht nur Dorf-, Orts- und Stadträte, sondern auf kommunaler Ebene auch Bezirks- und Gebietsräte umfasst und die Räte auf allen diesen Ebenen als »Organe der örtlichen Selbstverwaltung« bezeichnet werden, kann der Terminus »örtliche Selbstverwaltung« nicht mit der kommunalen Selbstverwaltung im westlichen Sinn gleichgesetzt werden

Bürgerliche Mitbestimmung: Einflussmöglichkeiten in der eigenen Stadt und Bereitschaft zur gesellschaftspolitischen Teilhabe vor Ort

Laut der obengenannten repräsentativen Befragung sind drei von vier BürgerInnen (73,6 %) mit ihrem Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Stadt nicht zufrieden. Nur etwa jede/r zehnte Befragte (8,6 %) war mit den vorhandenen Einflussmöglichkeiten zufrieden oder eher zufrieden. Beachtlich ist, dass 17,8 % der Befragten ihren Einfluss nicht einschätzen und die Frage nicht beantworten konnten (vgl. Grafik 1). Es wurden unter anderem die Anstrengungen der Stadtverwaltung, bestimmte lokale Probleme zu lösen, bewertet. Die Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die lokale Politik haben nur 4,2 % der Befragten als gut oder eher gut eingeschätzt (vgl. Grafik 2).

Nur etwa 38,6 % der Befragten waren bereit, ihre eigene Stadt mitzugestalten und sich aktiv an der kom-

munalen Entwicklung zu beteiligen. 42,9 % erteilten dem lokalen freiwilligen Engagement und der kommunalen Mitbestimmung eine Absage. Fast jeder/e fünfte Befragte (18,5 %) war unentschlossen (vgl. Grafik 1). Warum sind so wenige bereit, sich in ihrer Stadt sozial oder politisch einzubringen? 17,9 % der Befragten haben kein Interesse und 16,2 % schlechthin keine Zeit für freiwilliges Engagement, jeder/e fünfte Befragte (21,9 %) konnte die Frage nicht beantworten. 44,6 % wussten nicht, wie sie sich einbringen können, oder glaubten nicht, dass ihr Engagement etwas verändern kann (vgl. Grafik 3). Fast jeder zweite Städter wäre dementsprechend für solch ein Engagement zu gewinnen, wenn ihm/ihr die Perspektiven solch einer aktiven Beteiligung aufgezeigt würden.

Gesellschaftspolitisches Engagement auf lokaler Ebene und Interesse an der kommunalen Politik

Gesellschaftspolitisches Engagement in Städten und Gemeinden findet in vielfältigen Formen statt. Neben konventionellen Beteiligungsformen wie der Wahlbeteiligung oder einer freiwilligen Mitarbeit in politischen Parteien und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen werden auch unkonventionelle Formen wie die Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen oder die Unterzeichnung von Petitionen wahrgenommen. BürgerInnen können sich darüber hinaus in weniger formalisierten Selbsthilfegruppen, Wohnquartierkomitees, Stadtteil- und Elterninitiativen organisieren.

Um sich gesellschaftspolitisch zu beteiligen, muss man eine klare Vorstellung davon haben, wie das politische System in einer Demokratie funktioniert, warum die Mitbestimmung wichtig ist und was die eigene Mitwirkung bewegen kann. Insgesamt weist die städtische Bevölkerung in der Ukraine Interesse an der kommunalen Politik auf: 9,2 % der Befragten interessieren sich sehr und 49,9 % etwas für die Tätigkeit der Organe der örtlichen Selbstverwaltung. Etwa jeder/e dritte Befragte (32,3 %) hat gar kein Interesse an der kommunalen Politik und 8,7 % haben keine Meinung dazu (vgl. Grafik 4).

Das Interesse an Politik korreliert wohl auch mit der politischen Partizipation. Dies kann als ein Vorteil der ukrainischen Zivilgesellschaft bewertet werden, denn nicht eine mangelnde Partizipation erweist sich für eine Demokratie als gefährlich, sondern die Unwissenheit über Sachprobleme und die Funktionslogik des Politischen. Zunächst muss das Grundwissen über Politik und Gesellschaft geschaffen werden. Dazu gehört auch die Meinung über Politik. Dann kommen die Meinungsbildung sowie gewisse politische Präferenzen und erst danach die eigentliche Partizipation in Politik und Gesellschaft. Es scheint eine logische Reihenfolge zu sein. Im Umkehrschluss würde ein mangelndes Verständnis des Politischen auch ein mangelndes politisches Bekenntnis und geringere Partizipation bedeuten. Sich unterschiedlich stark für Politik zu interessieren, bedeutet also auch, sich stark oder gering politisch zu beteiligen.

Wie drückt sich dann das allgemeine Interesse an der Politik in konkreten Partizipationsformen aus? Welche Beteiligungsformen werden von ukrainischen BürgerInnen bevorzugt? 44 % der Befragten präferieren die Kommunalwahlen, fast jeder/e Zehnte Städter (9,9 %) würde sich zur Wahl stellen, was das Interesse an der kommunalen Politik bestätigt. 13,5 % der Befragten sind bereit, sich an der Landschaftsgestaltung an ihrem Wohnsitz zu beteiligen. 13 % würden an öffentlichen Anhörungen örtlicher Verwaltungsorgane, jede/r zehnte an Straßenprotesten (10,4 %) teilnehmen. 8,4 % der Befragten bevorzugen das Engagement in Freiwilligeninitiativen und etwa 4,1 % würden sich eher finanziell beteiligen (vgl. Grafik 5). Auf die Frage nach möglichen Einsatzgebieten antworteten 28,6 %, dass kein Bereich für sie annehmbar wäre und sie sich niemals ehrenamtlich engagieren würden. 18,8 % waren unentschlossen und konnten die Frage nicht beantworten (vgl. Grafik 6). Von Städtern wurden unter anderem folgende Bereiche des ehrenamtlichen Engagements genannt: Hilfe für Waisenkinder (22,7 %), Hilfe für ukrainische Soldaten (18,4 %), Menschenrechte (13,2 %) und Hilfe für Binnenflüchtlinge (6,3 %).

Beteiligung an der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Einerseits wünschen sich Städter eine starke Zivilgesellschaft, die Entscheidungen der Verwaltung beeinflussen kann. Andererseits können sich die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen keines großen Zulaufs an Mitgliedern und ehrenamtlichen Mitarbeitern erfreuen. Obwohl etwa jede/r dritte Befragte lokale freiwillige Bürgervereinigungen kennt und über ihre Tätigkeit informiert ist (vgl. Grafik 7), engagiert sich nur jeder/e Zehnte in diesen Organisationen (vgl. Grafik 8).

Berücksichtigt man auch andere Formen des persönlichen Engagements wie etwa Geldspenden, so liegt der Anteil der aktiven BürgerInnen wesentlich höher. Über 52 % der Befragten haben in den zurückliegenden zwölf Monaten für eine Organisation oder eine Bürgergruppe, die gesellschaftliche Probleme zu lösen versucht, gespendet (vgl. Grafik 9). Wer wenig Zeit hat, um sich für gesellschaftliche Belange einzusetzen, spendet einen Teil seines Einkommens für gemeinnützige Vereine. Das Bereitstellen von Geld gehört ebenfalls zum freiwilligen Engagement und findet in der Ukraine immer größere Verbreitung: Im Jahr 2006 spendete nur jeder vierte Bürger Geld (27,7 %).

Rückblick: Gemeinschaftsaktivitäten im Jahr 2005

Die oben dargestellten Zahlen muss man im Vergleich sehen. Wie weit war diese Art des lokalen Engagements im Jahr 2005 – ein Jahr nach der Orangen Revolution – verbreitet? Laut einer Umfrage des Razumkov-Zentrums lag die aktive Beteiligung zwischen 2% und 3,6 % (vgl. Grafik 10). Knapp 30 % der Befragten waren bereit, sich an der Arbeit der Wohnquartier-Komitees und der Initiativgruppen zur Lösung der aktuellen Probleme zu beteiligen, oder taten dies bereits. Die größte Ablehnung der Bürger erfuhren damals gerade Selbstverwaltungsräte, bürgerliche Komitees und Unterschriftenaktionen: Über 70 % gaben an, an diesen gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten eher oder sicherlich nicht teilnehmen zu wollen. Die aktive Teilnahme an allen anderen in der Umfrage genannten Aktivitäten wurde von etwa zwei Dritteln der Bevölkerung abgelehnt. Die Beschränkung eigener Interessen zugunsten der Stadt und der Mitbürger war für fast jede/n achte/n Befragte/n eine Frage, die nicht eindeutig beantwortet werden konnte.

Probleme und Perspektiven des freiwilligen Engagements vor Ort und der lokalen Selbstverwaltung

Es reicht nicht, BürgerInnen über Tätigkeit und Vorhandensein lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen zu informieren. Vielen Interessenten und potentiellen Engagierten fehlt häufig der Zugang zum Engagement. Unter Zugang wird vor allem das Vorhandensein persönlicher Freundschafts- und Bekanntenkreise sowie deren Präsenz in entsprechenden freiwilligen Initiativen und Netzwerken verstanden.

Den zum lokalen und gemeindebezogenen Engagement bereiten BürgerInnen fehlen häufig auch Kompetenzen, die sie zu Mitwirkung und Mitbestimmung befähigen würden. Es müssten bestimmte Veranstaltungsformate wie etwa Planspiele zu Partizipation, Demokratie- und Medienwerkstätten angeboten werden, bei welchen Engagierte und Nicht-Engagierte zusammenkommen und gemeinsam entsprechende Kompetenzen erwerben. Dies würde sich sicher förderlich auf die Verbreitung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Ukraine auswirken. Interessierte und die für das freiwillige Engagement offenen TeilnehmerInnen hätten nun neben Kenntnissen und Kompetenzen auch Ansprechpersonen und entsprechende Anlaufstellen, um sich auf lokaler Ebene sozial oder politisch einbringen zu können.

Fazit und Ausblick

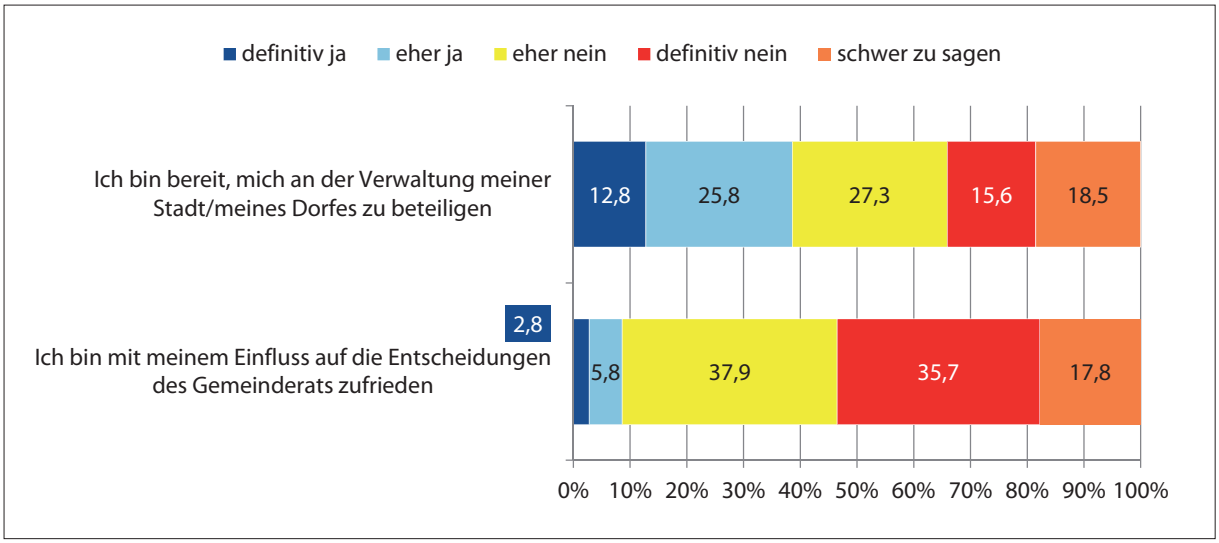
Insgesamt wird in den ukrainischen Regionen ein hohes Interesse an Kommunalpolitik festgestellt, was eine gute Voraussetzung für die Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung darstellt. Um die von der Regierung angekündigte Reform der Dezentralisierung erfolgreich implementieren zu können, reicht das allerdings nicht. Dafür benötigen Dorf-, Stadt-, Bezirks- und Gebietsräte in der Ukraine mehr engagierte und zur gesellschaftspolitischen Mitgestaltung bereite BürgerInnen. Auffallend hoch ist der Anteil der unentschlossenen und wenig aufgeklärten BürgerInnen: Sie würden sich engagieren, wissen aber nicht, wie und wo. In dieser Hinsicht ist die ukrainische Zivilgesellschaft gefordert, mehr BürgerInnen für die Gemeinschaftsaktivitäten zu gewinnen sowie zu aktiver Mitwirkung und gesellschaftspolitischer Mitbestimmung in ihren Städten und Gemeinden zu befähigen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben aber infolge der kriegerischen Auseinandersetzung im Osten des Landes andere Sorgen und konzentrieren sich auf in der Regel sozial ausgerichtete Tätigkeitsschwerpunkte. Hier kommt den westlichen und unter anderem auch deutschen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Projekten eine außerordentliche Bedeutung zu.

Über den Autor:
Dr. Mykhaylo Banakh studierte und promovierte in Freiburg. Er arbeitet am Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart an Projekten, mit denen in der Ukraine und in weiteren Ländern der Östlichen Partnerschaft Methoden der politischen Bildung, der Friedensbildung und des Konfliktmanagements vermittelt werden.

GRAFIKEN ZUM TEXT

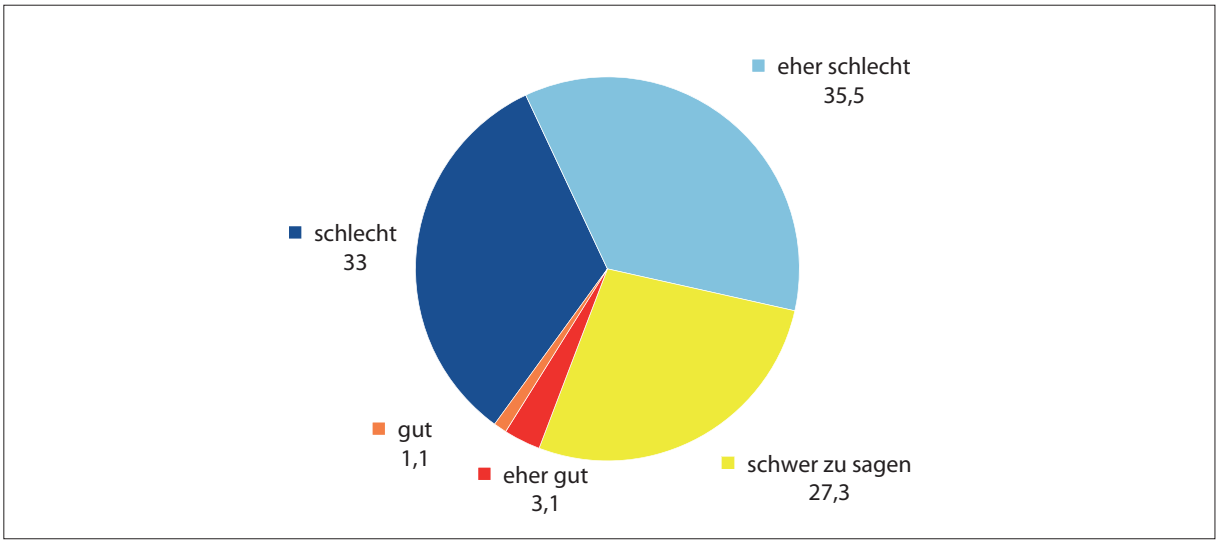
Beteiligung der Bürger an der lokalen Selbstverwaltung

Grafik 1: Zufriedenheit mit dem eigenen Einfluss auf Entscheidungen des Gemeinderats und Bereitschaft, sich an der Stadt-/Dorfverwaltung zu beteiligen (in %)



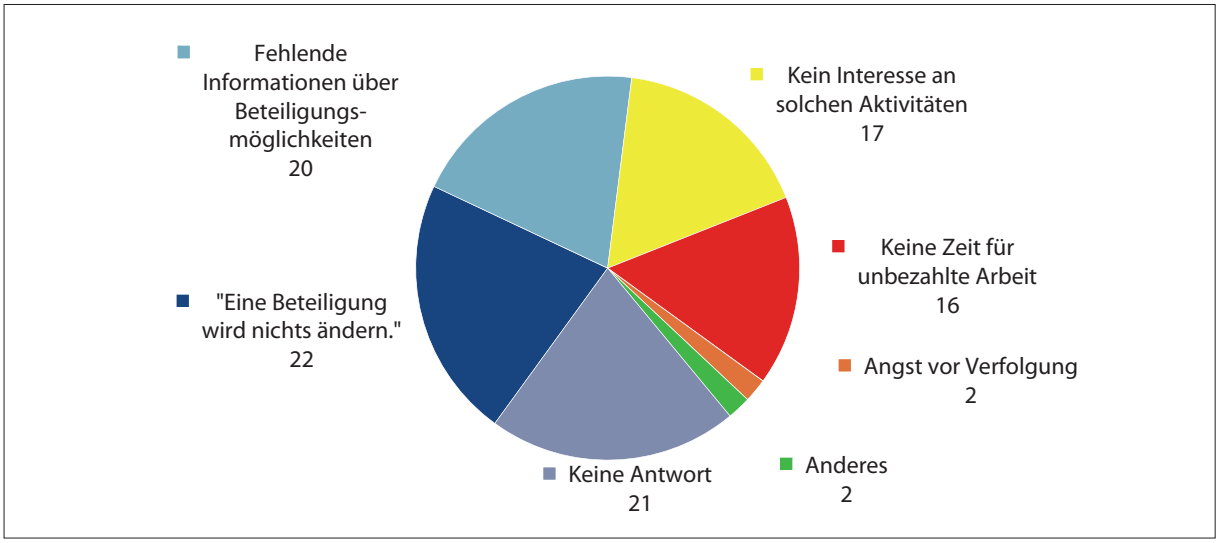
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 2: Wie bewerten Sie den Einfluss der Bürgerschaft auf die Entscheidungen der Stadtverwaltung? (in %)



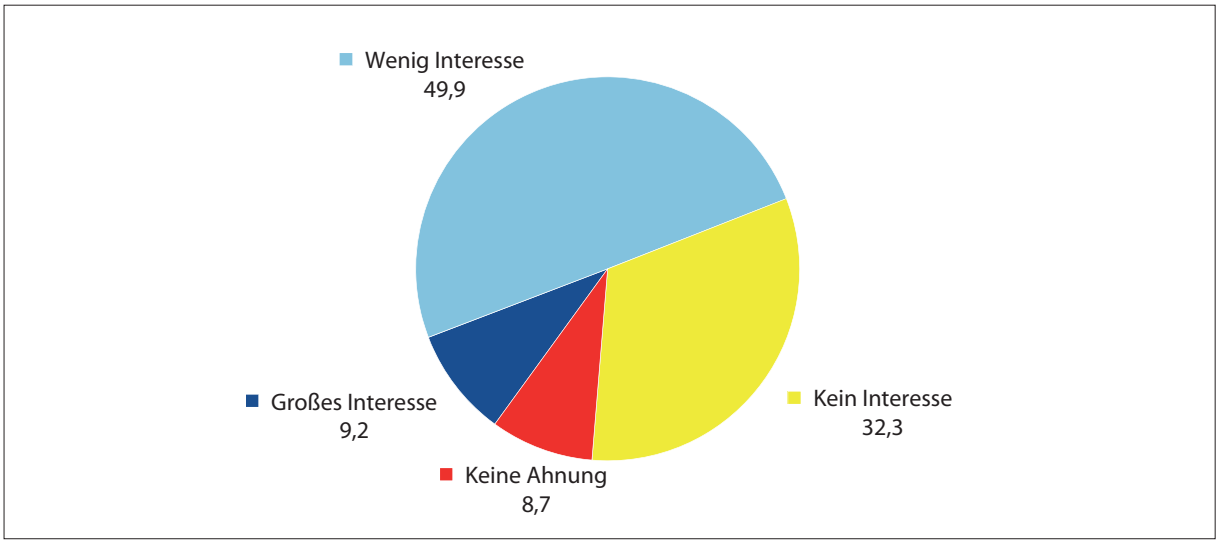
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 3: Die wichtigsten Gründe für die Nichtbeteiligung an Gemeindevereinen (in %)



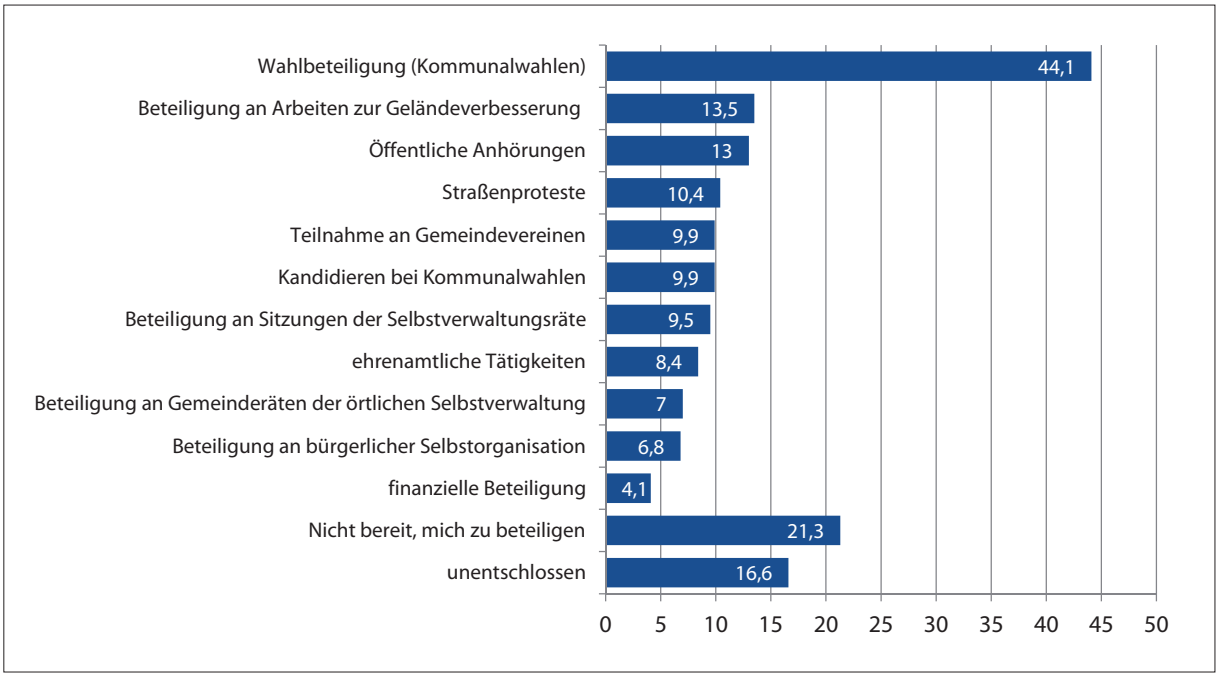
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 4: Interesse an Aktivitäten der lokalen Behörden in der eigenen Stadt (in %)



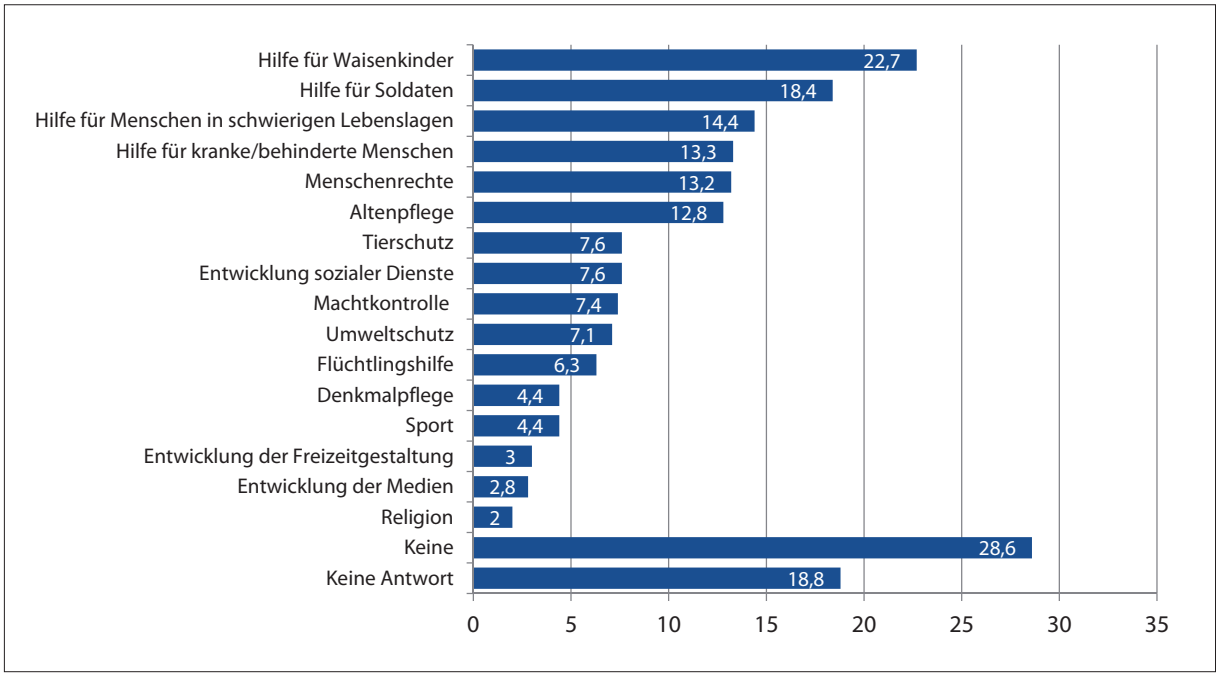
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 5: Bevorzugte Formen der Bürgerbeteiligung an der Verwaltung von Städten und Dörfern (in %, mehrere Antworten möglich)



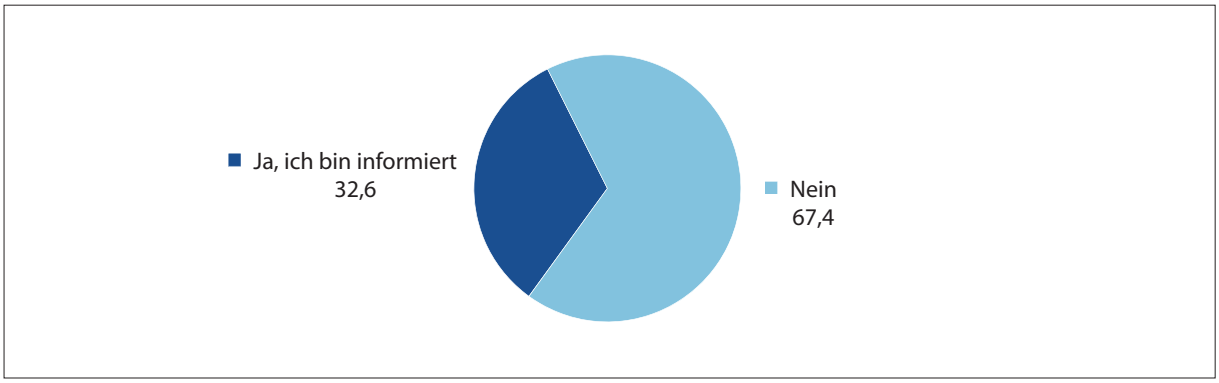
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 6: Bevorzugte Formen ehrenamtlicher Tätigkeit (in %, mehrere Antworten möglich)



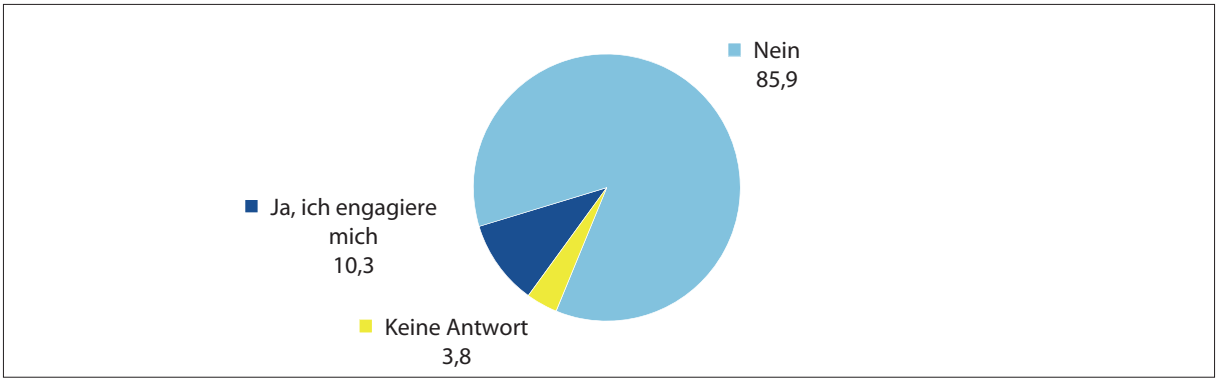
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 7: Sind Sie über die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ihrer Stadt informiert? (in %)



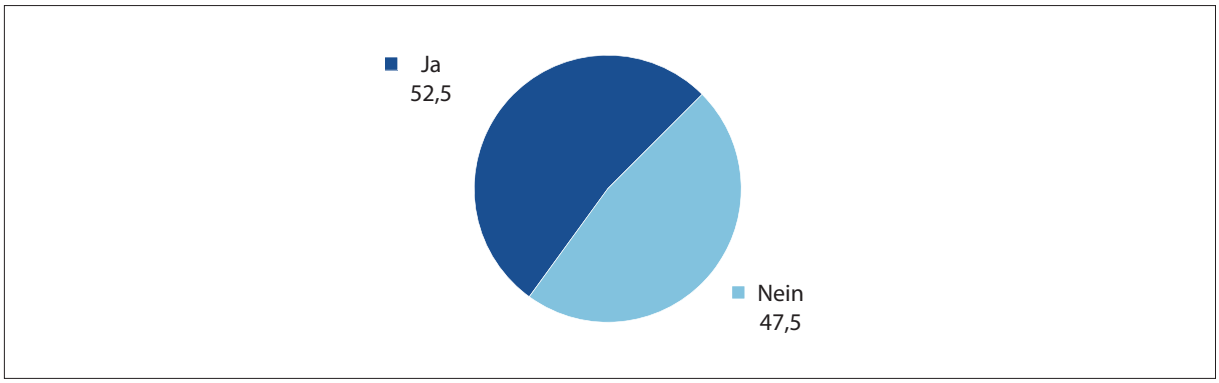
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 8: Sind Sie in mindestens einer zivilgesellschaftlichen Organisation engagiert? (in %)



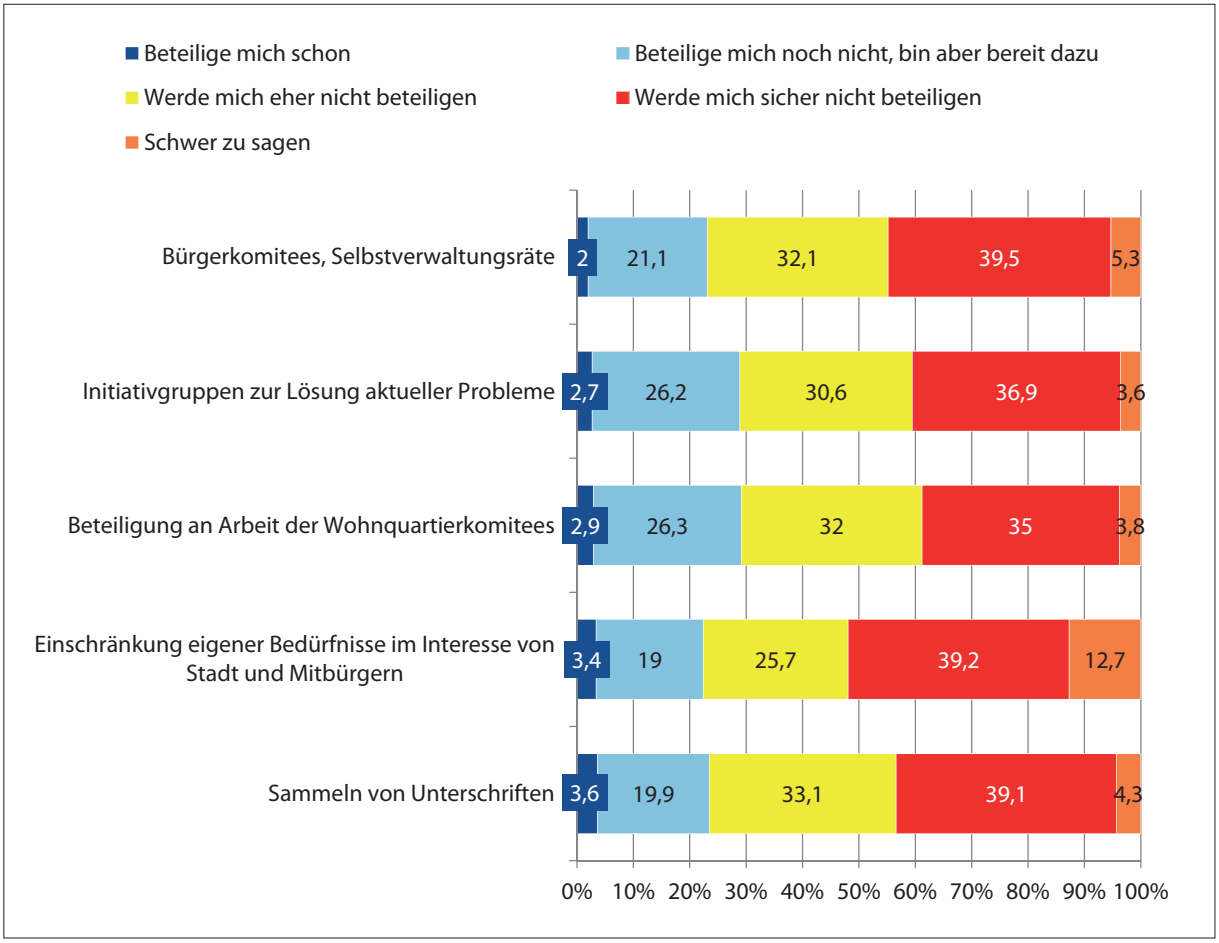
Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 9: Haben Sie im letzten Jahr Geld an Bedürftige oder an gemeinnützige Organisationen gespendet? (in %)



Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) und des Ukrainian Sociology Service im Auftrag der Assoziation der Städte der Ukraine, durchgeführt vom 5. bis zum 16. November 2014, <http://auc.org.ua/sites/default/files/mon18_1.pdf>.

Grafik 10: Beteiligung an Gemeinschaftsaktivitäten (2005, in %)



Anmerkung: die Umfrage wurde in Stadt Kiew durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow Zentrums vom 2. bis zum 14. November 2005, <http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=541>

KOMMENTAR

Die Klimaschutzverpflichtungen der Ukraine im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU und die Voraussetzungen ihrer Umsetzung

Von Oleksandr Sushchenko und Andrii Gonta, Kiew

Zusammenfassung:
Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU bedeutet den Beginn einer neuen Entwicklungsphase des ukrainischen Staates, weil das Dokument klare Richtlinien zur Stärkung des Umweltschutzes und zum Aufbau einer grünen (Low-Carbon) Wirtschaft enthält. Im folgenden Artikel werden die Verpflichtungen der Ukraine im Bereich des Umweltschutzes kurz zusammengefasst sowie die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Strategie dargestellt.

Einführung

1998 unterzeichnete und 2004 ratifizierte die Ukraine das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen. Damit verpflichtete sie sich, das Emissionsniveau von 1990 nicht zu überschreiten. Seit 2005 nutzte die Ukraine Mechanismen aus dem Kyoto-Protokoll, um Emissionszertifikate auf dem europäischen Markt zu verkaufen. Der Emissionshandel war möglich, weil die gesamtstaatlichen Treibhausemissionen aufgrund der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre und des BIP-Rückgangs viel niedriger waren als 1990.

Bis Ende 2013 konnten die ukrainischen Unternehmen ihre Zertifikate für Treibhausgasemissionen am europäischen Markt frei verkaufen. Seit 2014 gilt im Rahmen des EU-Emissionshandels (European Union Emission Trading System, EU ETS) eine Begrenzung für Zertifikate, die aus anderen Ländern (die nicht Mitglieder des EU ETS sind) stammen. Jetzt dürfen am europäischen Markt nur noch 1,5 % der erworbenen Zertifikate aus anderen Ländern kommen. Dementsprechend wurde der Handel mit Emissionszertifikaten in der Ukraine eingestellt.

Nun hat sich die Ukraine im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU verpflichtet, eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen zu implementieren. Das wird den ukrainischen Unternehmen nicht nur neue finanzielle Spielräume eröffnen und Exporte in die EU erleichtern, sondern auch Bedingungen für eine umweltfreundliche Modernisierung der Wirtschaft schaffen.

Klimaschutzverpflichtungen der Ukraine im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU

Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens stellt einen enormen Anreiz dar, notwendige Änderungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung vorzunehmen. Außer den Aktivitäten, die mit der Reform des Energiesektors und der Erhöhung energiesparender Wirtschaftsweisen zusammenhängen, enthält Paragraph 5 alle Anforderungen, die nötig sind, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Außerdem sind in den Zusatzfassungen 27 bis 33 Grundprinzipien erfasst, die die Richtung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Aufbau der Low-Carbon-Wirtschaft beschreiben.

Ein wichtiger Ausgangspunkt dieser Reform ist die Zusammenarbeit im Rahmen der mit der Tschernobyl-Katastrophe zusammenhängenden Probleme und die Entwicklung eines Umweltmonitoringsystems (Art. 342).

Artikel 357 sieht eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Statistik, insbesondere der Umweltstatistik, vor. Auch den Umweltschutzfragen ist in Kapitel 6 (Abschnitt 5) des Vertrags hinreichende Aufmerksamkeit gewidmet. In Artikel 360 dieses Abschnitts ist zum Beispiel festgeschrieben, dass die Grundlagen der Zusammenarbeit eine »grüne Wirtschaft« und die Umsetzung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklungsstrategien sind.

Außerdem sieht das Abkommen die Schaffung eines nationalen Systems für den Emissionshandel vor, dessen Prototyp das EU ETS ist. Anhang 29 des Abkommens weist direkt auf den Klimawandel und den Schutz der Ozonschicht sowie auf die damit verbundene Richtlinie 2003 \ 87 \ EG hin, die der Emissionshandel in der EU geschaffen hat.

Bisherige Schritte zur Umsetzung der Klimaschutzverpflichtungen

Als ersten Schritt auf diesem Weg unterzeichnete der Präsident der Ukraine am 12. Januar 2015 das Dekret Nr. 5 / 2015 »über die Strategie einer nachhaltigen Ukraine – 2020«. Diese Strategie ist eine der Anforderungen des Assoziierungsabkommens und spiegelt alle Ziele wider, die im Dokument »Europa 2020« erwähnt sind. So soll die Ukraine im Bereich Klimaschutz die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % reduzieren.

Um die strategischen Ziele zu erreichen, hat die ukrainische Regierung am 4. März 2015 eine Verord-

nung unterzeichnet, die taktische Schritte für das Jahr 2015 und Maßnahmen im Rahmen der Strategie der nachhaltigen Entwicklung »Ukraine – 2020« für das laufende Jahr vorsieht. Gemäß dieser Verordnung soll das Umweltministerium der Ukraine bis Ende September 2015 eine Strategie für den Umweltschutz bis 2020 vorbereiten.

Somit ist es noch zu früh, um die Umsetzung der Verpflichtungen zu beurteilen. Festzustellen ist aber: Ohne klare Ziele und Maßnahmen, um die Strategie der nachhaltigen Entwicklung zu verwirklichen und die grüne Wirtschaft aufzubauen, können Investoren und Unternehmen die Auswirkungen nicht abschätzen, die die Ausgaben für die Projekte zur Reduzierung der Emissionen, zur Erhöhung der Energieeffizienz, zur Erzeugung erneuerbarer Energien und zum Verkauf von Genehmigungen für Emissionen auf ihre Finanzpläne haben werden.

Voraussetzungen einer erfolgreichen Umsetzung

Im Folgenden sind die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Strategie dargestellt, die sich auch auf Nebenbereiche beziehen. Es sind folgende Maßnahmen:

1. Entwicklung eines nationalen Umweltschutzmonitorings
   Ohne ein System zur Überwachung der Umwelt und der Treibhausgasemissionen ist es nicht möglich, die erforderlichen statistischen Daten zu erheben und entsprechende Berichte zu erstellen. In der Ukraine gibt es eine solche Statistik nur bis 2011. Seit der Einstellung des Emissionshandels mit der EU wird sie gar nicht mehr erstellt.
2. Reform des Ausbildungswesens
   Die grüne (Low-Carbon-) Wirtschaft braucht neue Fachkräfte, um die notwendigen Finanzinstrumente (Fiskal- und Marktinstrumente) einzuführen und zu nutzen. In erster Linie werden Fachleute gebraucht, die Klimarisiken abschätzen und ihren Einfluss auf Finanzresultate prognostizieren können. Ukrainische Universitäten waren in den letzten Jahren nicht in der Lage, diese für die grüne Wirtschaft notwendigen Spezialisten auszubilden. Die ersten Schritte in diese Richtung wurden an der Nationalen Wadym-Hetman-Wirtschaftsuniversität Kiew gemacht, wo im April 2015 die Environmental Finance School ihre Tore öffnete. Ihre Aufgabe ist es, die Ausbildung von Fachkräften für die grüne Wirtschaft zu gewährleisten.
3. Einsatz neuer Techniken und Methoden des Geschäftsmanagements
   Eine weitere notwendige Voraussetzung für die wirksame Umsetzung der Ziele der Strategie für nachhaltige Entwicklung ist die Einführung von Umweltabgaben und Steuern, um die Kosten des Klimaschutzes zu decken. Neben den Fiskalinstrumenten ist es wichtig, Marktmechanismen wie etwa das nationale Emissionshandelssystem einzuführen, um die Kosten aus Umweltschäden zu senken und eine Verringerung der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Die Ukraine hatte bereits die Möglichkeit, Umweltinvestitionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu tätigen. Als Ergebnis davon haben die ukrainischen Unternehmen fast 503 Millionen ERU (Emission Reduction Units) verkauft (während z. B. Russland nur 266 Millionen ERU verkauft hat). All das hat den Erhalt erheblicher Direktinvestitionen in die Modernisierung der Wirtschaft ermöglicht. Heute hat die Ukraine nicht mehr die Möglichkeit, Emissionsreduktionseinheiten (ERU) auf dem europäischen Markt zu verkaufen.

Durch die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems wird die Ukraine in der Lage sein, ihre Verpflichtungen zur Kürzung der Treibhausgasemissionen im Rahmen des neuen Klimaabkommens einzuhalten. Sollte in der Ukraine kein eigenes Emissionshandelssystem entstehen, werden die ukrainischen Unternehmen die Klimarisiken dagegen allein bekämpfen müssen. Diese Risiken haben die Unternehmen in der Ukraine noch nicht gespürt, die Exporteure mussten in den vergangenen Jahren aber bereits mit ihnen rechnen. Die größten dieser Risiken sind:

- die Verfügbarkeit von Emissionszertifikaten oder Zertifikaten, die die notwendigen Kürzungen der Treibhausgasemissionen bestätigen;
- Stromerzeuger müssen nicht nur Erlaubnisse für Treibhausgasemissionen haben, sondern auch Zertifikate, die eine bestimmte Menge hergestellter erneuerbarer Energie belegen;
- die Notwendigkeit der Zertifizierung von Produktions- und Managementprozessen. So gibt es neben den ISO-Standards und -Zertifikaten eine Reihe von regionalen Initiativen. Von großer Bedeutung sind heute Zertifikate, die eine nachhaltige Verwaltung des Betriebs belegen (z. B. EMAS – The European Eco-Management and Audit Scheme). Sie zeigen die Energieverantwortung der Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt an und messen ihre direkten wie indirekten Umweltauswirkungen.

Schlussfolgerung

Im Rahmen des unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU hat sich die Ukraine verpflichtet, eine Reihe von Reformen durchzuführen. Eines der wichtigsten Reformelemente ist dabei Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Alle notwendigen Maßnahmen

in dieser Richtung werden zu einer Weiterentwicklung nicht nur der einzelnen Branchen, sondern auch der gesamten Wirtschaft führen. Vor allem die Implementierung steuerlicher und marktbasierter Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung kann der Ukraine dabei helfen, sich Zugang zu grünen Anleihen zu verschaffen, was eine zusätzliche Finanzierungsquelle in Zeiten knapper Investitionen und Kreditressourcen bedeutet. Diese Mittel werden ausschließlich für Projekte zur Erhöhung der Energieeffizienz oder zur Kürzung von Treibhausgasemissionen und zur Erzeugung erneuerbarer Energien bereitgestellt.

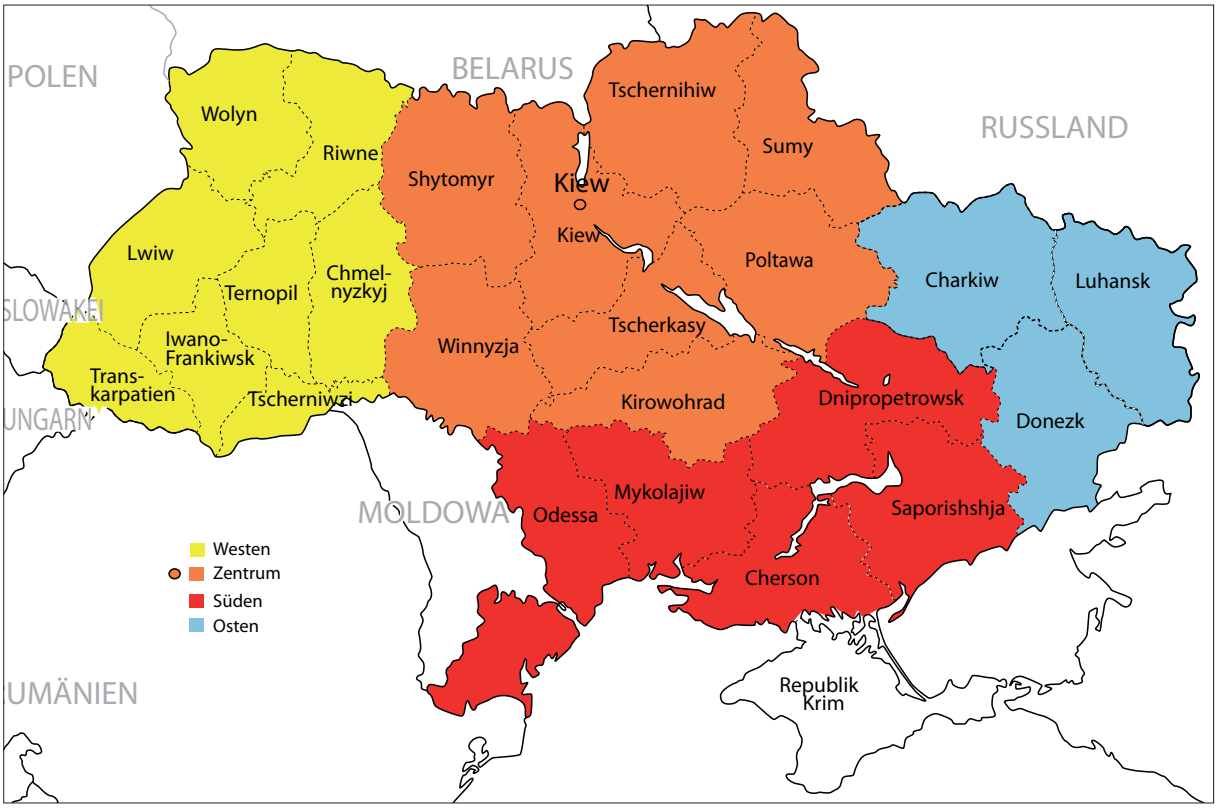
Ungeachtet der Vorschriften, die Regierung und Präsident eingeführt haben, fehlen bis jetzt praktische Schritte zur Umsetzung der Strategie der nachhaltigen Entwicklung im Bereich des Umweltschutzes. Falls in der Ukraine kein eigenes Handelssystem für die Emissionszertifikate mit den notwendigen Mechanismen für Versteigerung und kostenlose Verteilung entsteht, werden ukrainische Unternehmen die entsprechenden Berechtigungen auf dem europäischen Markt kaufen. Dies kann zu einem raschen Anstieg der Kosten der inländischen Produktion und zu einer Verringerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen.

Über die Autoren:
Oleksandr Sushchenko ist Dozent am Lehrstuhl für Finanzen an der Nationalen Wadym-Hetman-Universität Kiew.
Andrii Gonta ist Geschäftsführer der Consulting-Firma BFSE LLC in Kiew.

UMFRAGE

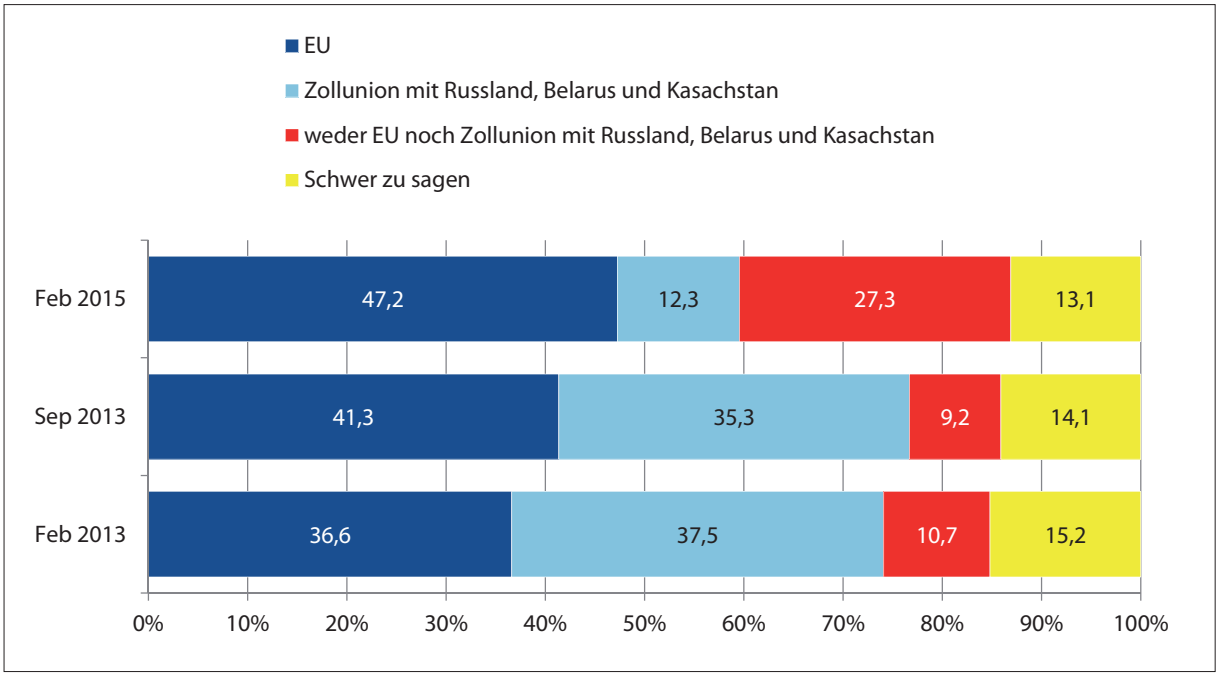
Die Ukraine zwischen der EU und Russland

Grafik 1: Die Regionen der Ukraine (siehe Grafiken 3 und 5)



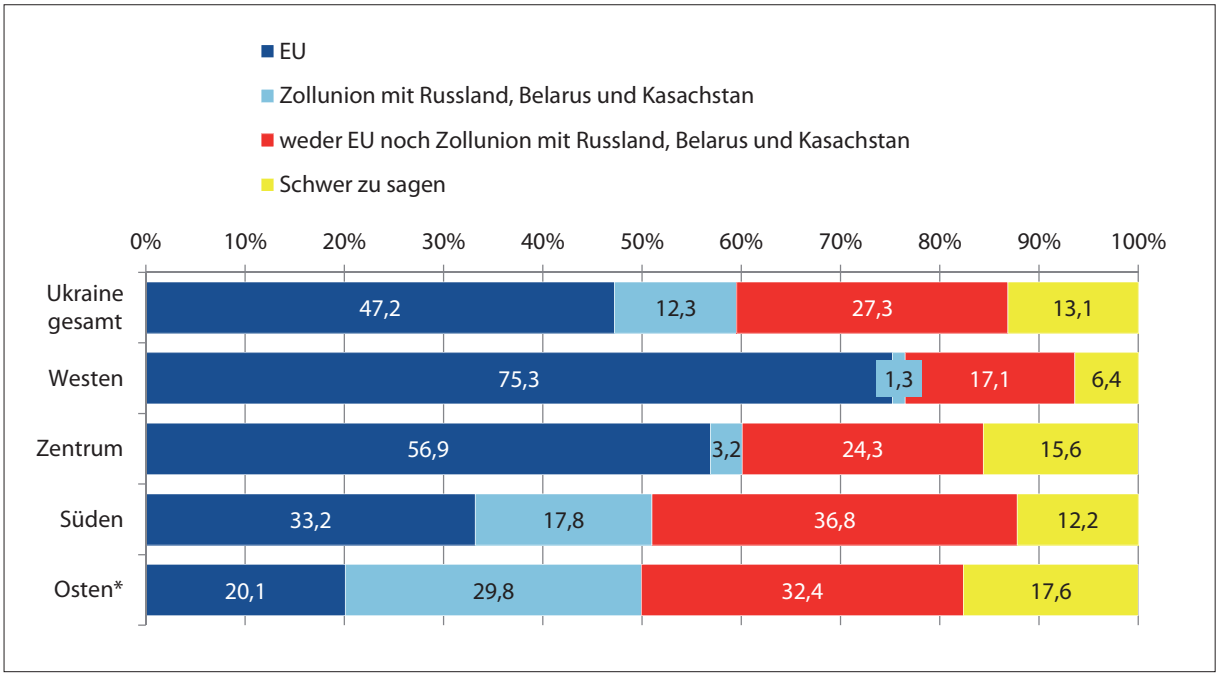
Karte: <http://english.freemap.jp/blankmap/>, *angepasst durch die Redaktion der Ukraine-Analysen*

Grafik 2: Welches Integrationsmodell sollte die Ukraine wählen?



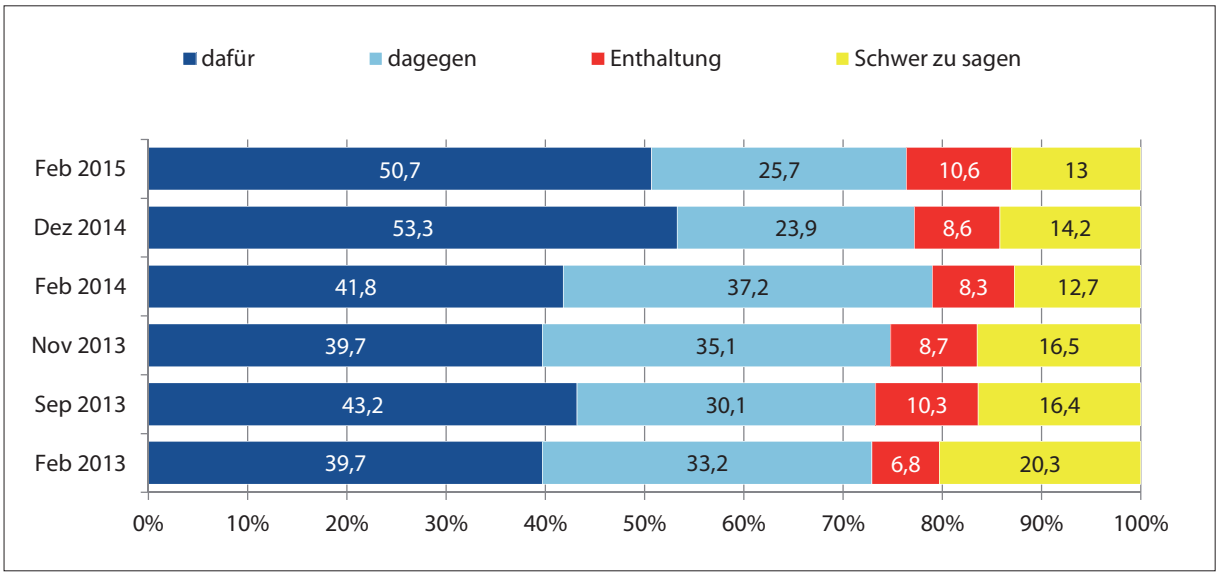
Anmerkung: Daten für 2015 ohne Krim, aber mit dem Donbass (sowohl von der ukrainischen Regierung kontrollierte und als auch von ihr nicht kontrollierte Gebiete).
Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=507&page=1.>

Grafik 3: Welches Integrationsmodell sollte die Ukraine wählen? (Februar 2015, %)



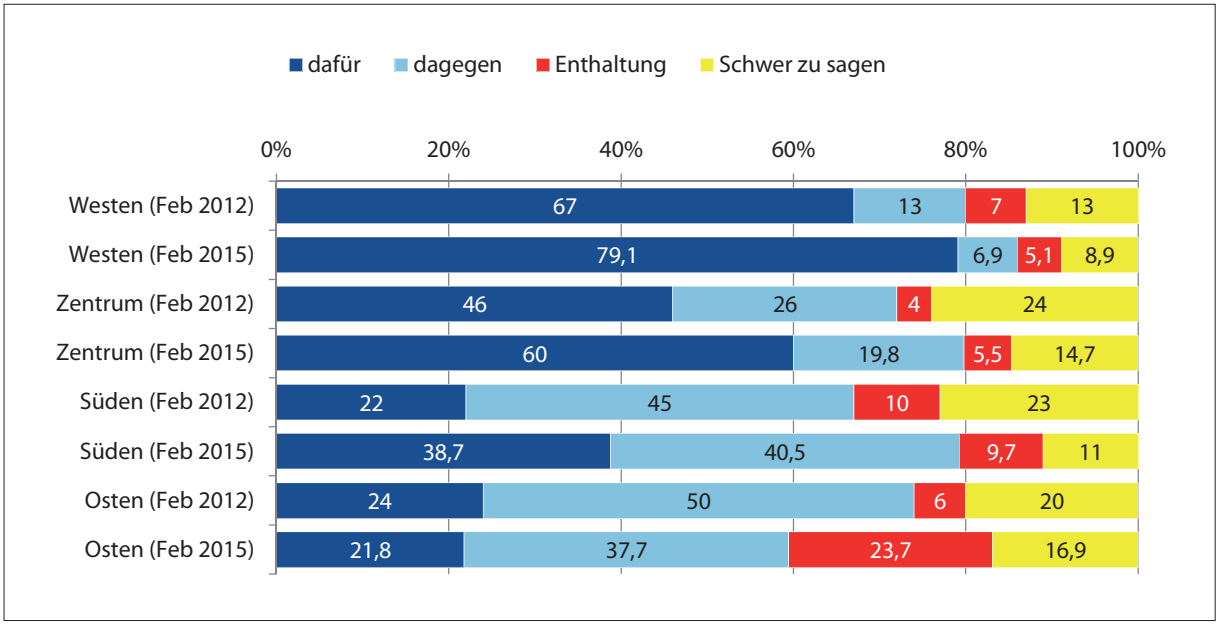
** Die Umfrage wurde im Donbass sowohl in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten als auch in den von ihr nicht kontrollierten Gebieten durchgeführt.*
Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=507&page=1.>

Grafik 4: Wenn es ein Referendum über die Frage gäbe, ob die Ukraine der EU beitreten soll, würden Sie dafür stimmen, dagegen stimmen oder sich enthalten?



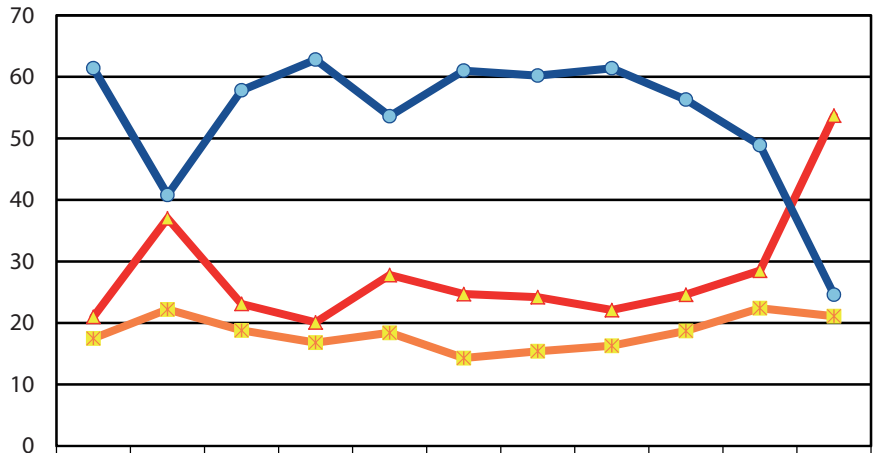
Anmerkung: Daten für 2015 ohne Krim, aber mit dem Donbass (sowohl von der ukrainischen Regierung kontrollierte und als auch von ihr nicht kontrollierte Gebiete).
Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=507&page=1.>

Grafik 5: Wenn es ein Referendum zu der Frage gäbe, ob die Ukraine der EU beitreten soll, würden Sie dafür stimmen, dagegen stimmen oder sich enthalten?



Anmerkung: Daten für 2015 ohne Krim, aber mit dem Donbass (sowohl von der ukrainischen Regierung kontrollierte und als auch von ihr nicht kontrollierte Gebiete).
Quelle: repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=507&page=1.>; *Ukraine-Analysen Nr. 103 vom 08.05.2012, S. 9* <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen103.pdf>

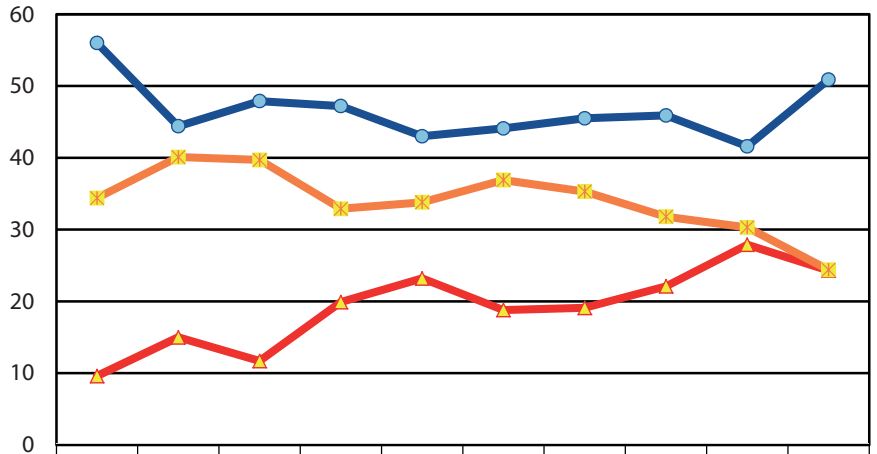
Grafik 6: Wie stehen Sie zu der Idee des Beitritts der Ukraine zur Union von Russland und Belarus?



	1998	2000	2002	2004	2005	2006	2008	2010	2012	2013	2014
Eher negativ	21	37	23,1	20,1	27,8	24,7	24,2	22,1	24,6	28,5	53,7
Eher positiv	61,4	40,8	57,8	62,8	53,6	61	60,2	61,4	56,3	48,9	24,6
Schwer zu sagen	17,5	22,2	18,8	16,8	18,4	14,3	15,4	16,3	18,7	22,4	21,1

Anmerkung: »Keine Antwort« wurde nicht in die Auswertung aufgenommen.
Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 28.

Grafik 7: Wie stehen Sie zu der Idee des Beitritts der Ukraine zur EU?



	2000	2002	2004	2005	2006	2008	2010	2012	2013	2014
Eher negativ	9,6	15	11,7	19,9	23,2	18,8	19,1	22,1	27,9	24,3
Eher positiv	56	44,4	47,9	47,2	43	44,1	45,5	45,9	41,6	50,9
Schwer zu sagen	34,4	40,1	39,7	32,9	33,8	36,9	35,3	31,8	30,3	24,4

Anmerkung: »Keine Antwort« wurde nicht in die Auswertung aufgenommen.
Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 29.

CHRONIK

27. April – 10. Mai 2015

27.04.2015	Japan sagt der Ukraine Hilfskredite in Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar zu.
27.04.2015	EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärt, die Kommission werde für den Neubau eines Sarkophags um den havarierten Atomreaktor in Tschernobyl 70 Millionen Euro bereitstellen. Nach Angaben der deutschen Bundesregierung sind insgesamt noch etwa 600 Millionen Euro zur Fertigstellung der Schutzhülle nötig.
27.04.2015	Präsident Petro Poroschenko äußert Zuversicht, dass die Ukraine in fünf Jahren einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellen könne.
27.04.2015	Laut Informationen der OSZE-Beobachtermission verstärken sich die Kämpfe um das Dorf Schyrokyne östlich von Mariupol. Die Organisation schätzt, dass die Intensität der Kämpfe auf dem höchsten Niveau seit Februar 2015 liegt.
28.04.2015	Die Nationalbank der Ukraine beziffert den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal des Jahres 2015 auf 15 %.
28.04.2015	In der Nähe des Kernkraftwerkes von Tschernobyl entsteht ein Waldbrand, der sich in Richtung des havarierten Atomreaktors auszubreiten droht. Am Abend gelingt es etwa fünf Kilometer von der Anlage entfernt, den Brand aufzuhalten.
28.04.2015	Aktivisten eröffnen ein Internetportal, auf dem Informationen über Personen abrufbar sind, die im Rahmen der Überprüfung hoher Beamter auf Korruptionsdelikte ihres Amtes enthoben oder auf eigenen Wunsch entlassen wurden. Das Register ist unter der Adresse <http://lku.org.ua/registry> zu erreichen.
29.04.2015	Einige Hundert Unterstützer des rechtsradikalen Rechten Sektors versammeln sich zu einer Protestkundgebung vor dem Gebäude der Präsidialadministration. Sie fordern ein Ende der Blockade ihrer Basis im Gebiet Dnipropetrowsk durch die Armee. Diese halte die Basis der Organisation zurzeit umstellt. Aktivisten des Rechten Sektors erklären, sie seien bereit, in die regulären Streitkräfte einzutreten, jedoch nur unter der Bedingung, eine autonome Einheit bilden zu können. Ihre Waffen würden sie nicht abgeben. Ein Sprecher der Präsidialadministration bestreitet die Vorwürfe. Die Armee in Dnipropetrowsk halte lediglich ein Übungsmanöver ab. Sie übe keinen Druck auf den Rechten Sektor aus und wolle ihn auch nicht entwaffnen.
29.04.2015	In einer Erklärung zweifelt das Verteidigungsministerium die Richtigkeit der Aussagen eines Berichts der OSZE-Beobachtermission vom 26. April 2015 an. Er spricht von 413 abgegebenen Schüssen verschiedener Waffentypen der ukrainischen Streitkräfte in Richtung des von Separatisten kontrollierten Territoriums bei Schyrokyne. Die Armee habe jedoch lediglich in acht Fällen geschossen, um Feuer der Separatisten zu erwidern.
29.04.2015	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, ruft den Rechten Sektor auf, so schnell wie möglich den regulären Streitkräften beizutreten. Ähnliche Forderungen erheben auch der Verteidigungsminister Stepan Poltorak und der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentin Naliwajtschenko.
30.04.2015	Nachdem die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko von einem Moskauer Gefängnis in ein Krankenhaus verlegt worden war, fordern ihre Anwälte, sie wieder im medizinischen Teil des Gefängnisses unterzubringen. Dort seien die medizinischen Bedingungen besser. Außerdem sei es der Verteidigung sowie Verwandten Sawtschenkos bei einer Unterbringung im Spezialtrakt des Krankenhauses nicht möglich, die Gefangene zu besuchen. Dies verletze ihre Rechte. Am Abend wird der Bitte entsprochen und Sawtschenko wird wieder ins Gefängnis gebracht.
30.04.2015	Ein Wiener Gericht lehnt die Anfrage der USA auf Auslieferung des ukrainischen Oligarchen Dmytro Firtasch ab. Ein Sprecher des US-Justizministeriums erklärt, man habe bereits Berufung eingelegt. Firtasch war im März 2014 in Österreich auf Anfrage des FBI festgenommen worden. Die USA ermitteln gegen Firtasch wegen Korruption. Das ukrainische Innenministerium hatte sich der Forderung der USA nach der Auslieferung Firtaschs angeschlossen. In seiner Urteilsbegründung erklärt das Wiener Gericht, die Forderung nach Auslieferung sei politisch motiviert. Es fehlten eindeutige Beweise.
30.04.2015	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet ein Gesetz zur Neuregelung des Energiesektors. Das Gesetz verpflichtet private Energiekonzerne, für die Nutzung staatlicher Pipelines eine Gebühr zu entrichten. Laut einem Pressesprecher des Präsidenten diene das Gesetz der »Entoligarchisierung« des Energiesektors.
01.05.2015	Der zuständige Ausschuss des US-Kongresses stimmt mit 60 zu zwei Stimmen für Waffenlieferungen im Wert von 200 Millionen US-Dollar an die Ukraine. Im Laufe des Monats soll das gesamte Unterhaus über die Frage abstimmen. Präsident Barack Obama hatte es bisher abgelehnt, Waffen in die Ukraine zu liefern.

01.05.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, die Forderungen der Ukraine an den russischen Energiekonzern Gazprom betrügen bereits etwa 16 Milliarden US-Dollar. Am internationalen Schiedsgericht in Stockholm seien Verfahren gegen Gazprom anhängig, in denen für unfaire Klauseln im Transitvertrag Kompensationsleistungen gefordert würden. Ein Sprecher von Gazprom erklärt daraufhin, dass Gazproms Forderungen an den ukrainischen Energiekonzern Naftohaz die von Jazenjuk genannte Summe von 16 Milliarden US-Dollar übersteigen würden.
02.05.2015	Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt im Fall der Brandkatastrophe von Odessa am 2. Mai 2014 gegen die ehemalige Führung der Polizei von Odessa wegen Fahrlässigkeit. Laut den Ermittlern habe die Polizei bei den Zusammenstößen von ukrainischen Nationalisten und Demonstranten des »Anti-Maidan« ihre Funktion der Wahrung der öffentlichen Ordnung nicht wahrgenommen. Infolgedessen sei es zu dem Brand im Haus der Gewerkschaften gekommen, bei dem 42 Menschen, mehrheitlich pro-russische Aktivisten, ums Leben gekommen sind.
02.05.2015	Nach den Worten des »Verteidigungsministers« der »Volksrepublik Donezk«, Wolodymyr Kononow, halten die Separatisten lediglich zehn ukrainische Soldaten gefangen. Der ukrainische Geheimdienst spricht von etwa 300 Gefangenen.
02.05.2015	Infolge von Raketenbeschuss des ukrainisch kontrollierten Ortes Nowotaschkiwske kommt laut dem Luhansker Gouverneur Hennadyj Moskal eine Rentnerin ums Leben.
03.05.2015	Der Chef der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine, Ertuğrul Apakan, beklagt sich häufende Fälle, in denen Beobachter der OSZE direkt beschossen oder Kämpfe in ihrer Nähe geführt würden.
03.05.2015	Bei Donezk kommt ein 56-jähriger Zivilist ums Leben. Nach unbestätigten Aussagen des Donezker Polizeichefs Wjatscheslaw Abroskin hatten Separatisten einen ukrainischen Straßenposten mit Granaten beschossen, von denen einige in einem Wohngebiet einschlugen.
03.05.2015	Der serbische Außenminister Ivica Dačić ruft beide Seiten des Konflikts auf, sich an den Waffenstillstand zu halten. Er zeigt sich besorgt über die noch immer andauernde Verwendung schwerer Waffen. Es sei wichtig, dass nun beide Seiten Schritte unternähmen, um den politischen Prozess zur Lösung des Konflikts in Gang zu bringen, betont Dačić. Serbien hat zurzeit den Vorsitz der OSZE inne.
04.05.2015	Die Pressestelle des ukrainischen Vertreters bei der Trilateralen Kontaktgruppe, Leonid Kutschma, ehemaliger ukrainischer Präsident, teilt mit, dass ein Treffen mit Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE sowie mit Repräsentanten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk für den 6. Mai 2015 vorgesehen ist.
04.05.2015	Nach Angaben des Gouverneurs des Gebietes Luhansk, Hennadyj Moskal, werden bei der Explosion einer Landmine zwei Soldaten der ukrainischen Armee getötet.
05.05.2014	Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti stellen die Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« die Auszahlung von Sozialleistungen auf russische Rubel um.
06.05.2014	Die Anwälte der in Russland inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko erklären, das zuständige Gericht habe die Untersuchungshaft Sawtschenkos bis zum 30. Juni 2015 verlängert. Auch die Untersuchungshaft des ukrainischen Regisseurs Oleh Senzow wird bis zum 11. Juli 2015 verlängert. Senzow wird die Vorbereitung terroristischer Anschläge auf der Krim vorgeworfen, Sawtschenko ist der unerlaubten Einreise nach Russland und der Vorbereitung eines tödlichen Anschlags auf russische Journalisten in der Ukraine angeklagt.
06.05.2014	Der russische Botschafter bei der Europäischen Union, Wladimir Tschischow, äußert die Bitte, das Inkrafttreten des handelsbezogenen Teils des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine um ein weiteres Jahr zu verschieben. Auf Bitten Russlands war im September 2014 bereits vereinbart worden, diesen Teil des Abkommens erst zum 1. Januar 2016 umzusetzen.
06.05.2014	Die russische Zeitung Nowaja Gazeta veröffentlicht Informationen aus einem nach Aussagen der Zeitung streng geheimen Bericht russischer Militärexperten zum Absturz des Passagierflugzeugs der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014 über dem Donbass. Die Untersuchung habe ergeben, dass das Flugzeug höchstwahrscheinlich mit einer Boden-Luft-Rakete vom Typ BUK abgeschossen wurde und dass diese Rakete aus der Region um Saroschtschenske gekommen sei. Dieses Gebiet wurde zum damaligen Zeitpunkt von Separatisten kontrolliert.
06.05.2014	In Minsk einigt sich die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der OSZE mit Repräsentanten der Separatisten darauf, in den kommenden Wochen Treffen von vier thematischen Gruppen zur Regulierung von politischen, wirtschaftlichen, humanitären und Sicherheitsfragen abzuhalten. Die Einrichtung solcher Gruppen war in den Minsker Verhandlungen vom Februar 2015 beschlossen worden.
07.05.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier begrüßt den Beginn der Arbeit der vier Verhandlungsgruppen für politische, wirtschaftliche, humanitäre und Sicherheitsfragen im Konflikt in der Ostukraine. Dies sei der nächste Schritt bei der Realisierung der Minsker Vereinbarungen.
07.05.2014	Präsident Petro Poroschenko verlängert per Erlass die Periode, in der junge Männer in der aktuellen Mobilisierungswelle zur Armee eingezogen werden können, um einen Monat bis Ende Juni.

07.05.2014	Die Beobachtermission der OSZE berichtet von 31 Panzern und drei weiteren schweren Waffen auf Seiten der Separatisten und neun Panzern auf Seiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich – entgegen der Erklärungen beider Seiten, die schweren Waffen abgezogen zu haben – in der Nähe der Frontlinie befinden.
08.05.2014	Der Generalstab der ukrainischen Armee beklagt eine Intensivierung der Angriffe durch separatistische Truppen mithilfe schwerer Waffen in Peski, Awdijiwka und Schyrokyne.
08.05.2014	Das Ministerkabinett beschließt die Teilung des Energiemarktes in einen innerukrainischen Markt und einen Markt für die von Separatisten kontrollierten Gebiete. Unternehmen, die in beiden Landesteilen arbeiten, müssen künftig eine getrennte Buchhaltung führen.
08.05.2014	Umweltminister Ihor Schewtschenko erklärt, die Ukraine habe für die Abdeckung des havarierten Atomreaktors in Tschernobyl von den benötigten 615 Millionen Euro bereits 540 Millionen gesammelt. Schewtschenko hoffe, dass die fehlenden 75 Millionen Euro von Staaten übernommen werden, die ihre grundsätzliche Spendenbereitschaft angekündigt, aber noch keine konkrete Summe genannt hätten.
09.05.2014	Zum Jubiläum der Kapitulation der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg veranstalten die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« eine Militärparade in Donezk, die der Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko abnimmt.
09.05.2014	Präsident Petro Poroschenko dankt in einer Ansprache den Veteranen der Roten Armee für den Sieg gegen das faschistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Er betont, die Ukraine werde diesen Tag nicht mehr nach russischem Vorbild mit einer Militärparade begehen. Poroschenko erklärt, die Welt unterstütze die Ukraine in der Auseinandersetzung mit Russland. Dies bezeuge die Tatsache, dass viele Staats- und Regierungschefs der Militärparade in Moskau ferngeblieben seien.
09.05.2014	Die Staatsanwaltschaft der Schweiz bestätigt Ermittlungen gegen Mykolaj Martinenko, einen Vertrauten des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk. Martinenko ist Vorsitzender der Kommission für Energie, Nuklearpolitik und nukleare Sicherheit. Er wird laut der Schweizer Sonntagszeitung verdächtigt, ausländische Beamte bestochen und ein Bestechungsgeld in Höhe von 30 Millionen Schweizer Franken angenommen zu haben. Bereits unter Präsident Wiktor Janukowytsch stand Martinenko der Kommission vor. Die Vorwürfe beziehen sich auf das Jahr 2013.
10.05.2015	Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel reist einen Tag nach den offiziellen Feierlichkeiten zum Tag des Sieges der Alliierten über das faschistische Deutschland nach Moskau. Dort bezeichnet sie die Annexion der Krim durch Russland als »verbrecherisch und völkerrechtswidrig«. Sie ruft den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu auf, seinen Einfluss auf die Separatisten zu nutzen, um einen vollständigen Waffenstillstand zu erreichen.
10.05.2014	Auf der Krim nimmt die Redaktion des krimtatarischen Fernsehsenders ATR die Arbeit wieder auf. Die russische Medienaufsicht hatte dem Kanal die Registrierung verweigert. Eine solche besitzt der Sender auch jetzt nicht, doch die Redaktion erklärt, dass sie ihre Arbeit im Internet fortsetzen werde. Dafür werde keine Lizenz benötigt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)
Satz: Matthias Neumann
Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>; Russland: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>; Ukraine: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>; zentalasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>